



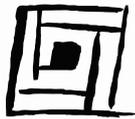
NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/03/2017
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 03.05.2017
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
5. Programm „Bildung integriert“, Aufbau eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements
Vorlage: 0234/2017
6. Drogenkonsum an Schulen in Hagen
Bericht der Verwaltung in Kooperation mit der Polizei
7. Neugestaltung der Außenspielfläche der Kindertageseinrichtung Eugen-Richter-Str. 75
Vorlage: 0306/2017
8. Träger für den Betrieb von Großtagespflegestellen
Vorlage: 0304/2017
9. Ergänzung zum Maßnahmen- und Angebotskonzept im Kinderschutz
Vorlage: 0155-1/2017
10. Maßnahmen- und Angebotskonzept im Kinderschutz
2.Lesung
Vorlage: 0155/2017



11. Familienzentren in Hagen
Vorlage: 0305/2017
12. Familienzentren in Hagen
Vorlage: 0305-1/2017
13. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 9 und 10 und 11 und 12 jeweils zusammen zu beraten. Zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10 sei außerdem ein CDU-Antrag als Tischvorlage ausgelegt.

Er stellt abschließend fest, dass es ansonsten keine Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt.

2. Mitteilungen

Frau Kaufmann teilt mit, dass die Geschäftsführerin des Jobcenters Frau Gebhardt aus anderweitigen Terminverpflichtungen verhindert sei und bittet, ihre Abwesenheit zu entschuldigen.

Sie freut sich mitteilen zu können, dass man die Stelle von Herrn Goebels habe wiederbesetzen können.

Herr Goldbach stellt die neue Kollegin kurz vor. Frau Sabrina Dahl werde am 16. Juni ihren Dienst bei der Stadt Hagen antreten. An der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses werde sie bereits teilnehmen.

Herr Reinke informiert in Bezug auf das angestrebte Verbot von Kinderehen, dass es hierzu einen Kabinettsbeschluss gebe. Am letzten Freitag sei der Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht worden und solle noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

3. Anliegen der Jugendräte

Herr Wiegmann berichtet, dass er keine Neuigkeiten berichten könne, da die Sitzungsrunde erst heute in Hohenlimburg starte.

An den Politiktagen, die in Berlin stattfinden, nahmen auch Vertreter aus Hagen teil.



4. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Herr Hannusch berichtet über den aktuellen Stand bei den Kindertageseinrichtungen (siehe Anlage zu TOP 4).

5. Programm „Bildung integriert“, Aufbau eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements Vorlage: 0234/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Hörnschemeyer und Herr Hartmann stellen das Programm „Bildung integriert“ vor (siehe Anlage zu TOP 5).

Herr Reinke bittet um Erläuterung, in welcher Form die Politik auf dem Laufenden gehalten würde.

Frau Hörnschemeyer verweist auf den Flyer, dem die Projektstruktur zu entnehmen sei. Da der Oberbürgermeister als Vorsitzender des Lenkungskreises agiere, sei vorgesehen, dass auch auf diesem Weg die Informationen an den Rat und die Ausschüsse erfolgten.

Frau Scharlau fragt, welche Rolle die außerschulische Bildung in dem Projekt spiele.

Frau Hörnschemeyer antwortet, dass diese generell vorgesehen, aber nicht der erste Schwerpunkt sei.

Herr Hartmann ergänzt, dass man die Aufträge aus dem Lenkungskreis bekäme. Bei dem ersten Auftrag gehe es schwerpunktmäßig um die Übergänge.

Frau Hamann fragt, ob die erarbeiteten Indikatoren bezüglich der sozialen Räume wissenschaftlich fundiert seien oder auf allgemeinen Annahmen basierten.

Herr Hartmann antwortet, dass man größten Wert darauf lege, dass die Ergebnisse wissenschaftlich aufbereitet seien.

Herr Reinke bedankt sich für die Präsentation und wünscht weiterhin viel Erfolg für die Arbeit.



Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

**6. Drogenkonsum an Schulen in Hagen
Bericht der Verwaltung in Kooperation mit der Polizei**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Titze berichtet über den Drogenkonsum an Schulen in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Herr Passehl ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass es im Jahr 2016 10 Fälle gegeben habe, in denen Schulen im Zusammenhang mit einem Drogenmissbrauchsdelikt aufgefallen seien. Alle Fälle hätten sich nach der Schulzeit ereignet.

Herr Reinke äußert seine Erschütterung angesichts der dargestellten Zahlen. Er sei überrascht und habe das nicht in der Form erwartet. Dieses Problemfeld werde man weiterhin im Auge haben müssen.

Herr Dittert fragt, ob es sich bei den genannten 10 – 15 % der Schüler um Konsumenten handele.

Herr Titze bestätigt diese Annahme.

Herr Reinke erklärt, dass dem Presseartikel aus Januar diesen Jahres zu entnehmen gewesen sei, dass Dealer auf die Schulhöfe gingen. In dem heutigen Bericht seien andere Verteilwege genannt worden.

Herr Titze antwortet, dass das seines Erachtens nach Einzelfälle seien, in denen Dealer auf die Schulhöfe gingen.

Frau Kaufmann bedankt sich für den Vortrag. Anlässlich des runden Geburtstages der Drogenberatung habe man einen interessanten Vortrag hören können, in dem es um die Internetgeschäfte mit den Substanzen gegangen sei. In dem Zusammenhang würde sie interessieren, ob die geschilderten Werbemaßnahmen und angebotenen Substanzen mittlerweile näher in den Fokus der Drogenberatungsstelle ge-



rückt seien. Es sei die Rede davon gewesen, dass die Gesetzgebung gar nicht nachkomme mit der Entwicklung.

Herr Titze bestätigt, dass es sich in der Tat um ein schwieriges Feld handle. Er habe sich auch einmal angeschaut, was im Darknet in dem Bereich passiere. Es sei tatsächlich so, dass es entsprechende Angebote gebe und man sich in speziellen Foren austausche. Die Polizei, Beratungsstellen und Therapeuten stünden in dem Bereich vor neuen Herausforderungen. Die Entwicklung erfolge in einem rasanten Tempo.

Herr Reinke bedankt sich für den Vortrag.

**7. Neugestaltung der Außenspielfläche der Kindertageseinrichtung Eugen-Richter-Str. 75
Vorlage: 0306/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke nimmt Bezug auf die ausführliche Vorlage und fragt, ob es Fragen von Seiten der Ausschussmitglieder dazu gebe.

Herr Schurgacz fragt, wie es zu einem derartig hohen Stundensatz von 102 € kommen könne.

Herr Goldbach erläutert, dass darin alle von der Verwaltung umgelegten Kosten – die sogenannten Overheadkosten - enthalten seien.

Auf Nachfrage von Herrn Reinke erläutert Herr Hannusch den Einsatz der mobilen Zäune.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung und weist darauf hin, dass man hier einen Vorbehaltsbeschluss fassen müsse, da die Bezirksvertretung Mitte erst in der nächsten Woche tage.

Beschluss:

Der Neugestaltung der Außenspielfläche der Kindertageseinrichtung Eugen-Richter-Str. 75 wird - vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Mitte - zugestimmt.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	1		
CDU	3		
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	2		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 10
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

**8. Träger für den Betrieb von Großtagespflegestellen
 Vorlage: 0304/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erinnert daran, dass man den grundsätzlichen Beschluss über die Großtagespflegestellen erst in der letzten Sitzung gefasst habe.

Herr Goldbach stellt den Inhalt der Vorlage dar. Man habe vier Träger, die bereit seien, dort einzusteigen. Es gehe um 10 Großtagespflegestellen, deren Umsetzung man jetzt schnell vorantreiben wolle.

Herr Schurgacz merkt an, dass ihm der Träger „Alternative Lebensräume GmbH“ nicht bekannt sei und bittet um Erläuterung, wer sich dahinter verberge.

Herr Hannusch berichtet, dass der Träger aus Siegen komme und dort sehr erfolgreich Großtagespflegestellen betreibe. Man habe sich vor Ort mehrere Einrichtungen angeschaut und sei sehr beeindruckt gewesen, wie professionell dort gearbeitet würde. Das habe auch eine Rückfrage beim dortigen Jugendamt bestätigt.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den in der Vorlage aufgeführten Trägern Leistungsvereinbarungen zum Betrieb von Großtagespflegestellen mit fest angestellten Tagespflegepersonen abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	1		
CDU	3		
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	2		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 10
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

9. und Ergänzung zum Maßnahmen- und Angebotskonzept im Kinderschutz

10. Vorlage: 0155/2017 und Vorlage: 0155-1/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erinnert daran, dass man die Tagesordnungspunkte 9 und 10 zusammen berate.

Herr Goldbach erläutert die Ergänzungsvorlage im Hinblick auf die Entscheidung über die Beratung der Berufsheimnisträger.
 Er schlägt abschließend vor, in diesem Sinne zu verfahren.

Herr Reinke stellt fest, dass man die Themenbereiche in der letzten Sitzung bereits beraten habe. Offen seien noch Fragen zu den Familienpaten gewesen. Das sei inzwischen geklärt.
 Er weist auf den zusätzlichen Antrag der CDU-Fraktion hin, der als Tischvorlage ausgelegt worden sei (**siehe Anlage zu TOP 9 und 10**).



Man habe ja in den verschiedenen Beratungsrunden seit Herbst letzten Jahres immer wieder das Thema der Familienhebammen angesprochen. Aus diesem Grunde habe man jetzt den entsprechenden CDU-Antrag vorgelegt.

Er bittet, im Protokoll festzuhalten, dass das Thema „Kinderschutzambulanz“ nach der heutigen Beschlussfassung der Vorlage noch einmal aufgegriffen werde.

Die Zielrichtung habe sich ja nun mit der Ergänzungsvorlage in Bezug auf die Beratung nach § 8 b verändert.

Frau Cramer erläutert den CDU-Antrag und bittet um Zustimmung.

Herr Reinke ergänzt, dass man beschlossen habe, im Antrag unter Punkt 4 eine redaktionelle Änderung vorzunehmen, der dann folgendermaßen laute:

„Die entsprechenden Einsparungen bei den Aufwendungen für erzieherische Hilfen werden damit verrechnet“.

Frau Timm-Bergs bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für den gestellten Antrag. Sie wolle aber anmerken, dass sie sich ein wenig „übereilt“ fühle, da sie erst am Mittag des heutigen Tages Kenntnis davon erhalten habe. Da es sich um eine Tischvorlage handele, habe sie keine Möglichkeit gehabt, diese mit ihrer Fraktion rück zu koppeln. Sie bitte daher, den Antrag zurückzustellen und die Verwaltung zu beauftragen, rechtzeitig vor der Haushaltsplanberatung bezüglich der Ausweitung der Familienhebammen eine gesonderte Vorlage zu erstellen. Darin sollten die Tätigkeiten genau deklariert und der zusätzliche Bedarf mit den damit verbundenen Kosten dargelegt sein.

Die zu beschließenden Vorlagen werde man mittragen. Sie bittet auch für die Zukunft, Anträge dieser Art frühzeitig vorzulegen.

Herr Reinke merkt an, dass er ursprünglich gehofft habe, dass das in der Verwaltungsvorlage entsprechend berücksichtigt werde. Das sei nicht der Fall gewesen. Man habe den Antrag auch erst am vergangenen Tag abgestimmt. Er bitte, diesen Antrag mit der vorgetragenen Ergänzung heute zu beschließen.

Frau Haack macht deutlich, dass das Kinderschutzkonzept nicht enthalte, dass eine zusätzliche halbe Stelle finanziert werde. Im Text werde darauf hingewiesen, dass aufgrund der Bedarfslage eine zusätzliche halbe Stelle wünschenswert, aber nicht finanzierbar sei.

Bei den zusätzlichen 1,5 Stellen rede man über einen finanziellen Bedarf von 90.000 €.

Herr Reinke macht deutlich, dass die CDU-Fraktion wünsche, ab 2018 auf insgesamt 4 Stellen für Familienhebammen aufzustocken.

Frau Köppen erklärt, dass sie sich den Ausführungen von Frau Timm-Bergs anschließe. Sie halte es auch für problematisch, heute darüber zu entscheiden. Die Forderung nach 4 Stellen sei unproblematisch und nachvollziehbar. Nicht geklärt sei die Frage der Finanzierung. Das könne sie heute nicht entscheiden. Man müsse gemeinsam die Möglichkeit bekommen zu überlegen, welche Prioritäten man setzen wolle. Sie sehe noch Beratungsbedarf.



Sie bittet Herrn Reinke in Bezug auf seine Bemerkung auf Neuausrichtung der Kinderschutzambulanz um Erläuterung. Sie habe es so verstanden, dass die Ergänzungsvorlage die Korrektur der ersten Vorlage beinhalte. Das sei doch dann eine finale Entscheidung.

Herr Reinke bestätigt, dass man die Ergänzungsvorlage heute so beschließen wolle. Das schließe ja eine inhaltliche Diskussion über eine Neuausrichtung mit der Kinderschutzambulanz nicht aus.

Frau Timm-Bergs wiederholt, dass man das Maßnahmen –und Angebotskonzept im Kinderschutz heute mittragen werde. Sie sehe sich aber nicht in der Lage, den Antrag der CDU-Fraktion heute mitzutragen.

Frau Hamann erläutert, in welchem Zusammenhang die Beratung nach § 8b SGB XIII mit der Kinderschutzambulanz steht. Diese habe das Profil, eine solche Beratung durchzuführen. Die Entscheidung darüber sei korrigiert worden, ohne dass man an einer Fachdebatte über die Beratung nach § 8b beteiligt worden sei. Die Aufgabe vom Rat am Ring solle sein, in Fortbildung und Qualitätsentwicklung im System Schule im Zusammenhang mit Kinderschutz eine Handlungssicherheit herzustellen. Für Ärzte und Mitarbeiter aus dem Gesundheitswesen sei die Kinderschutzambulanz Ansprechpartner in Einzelfragen. Es gebe seit Jahren eine Unklarheit darüber, wann man sich mit welcher Fragestellung an wen wenden solle. Diese Unklarheit bleibe. Diese Fragen würde man auch gern weiterhin bearbeiten. Es gehe dabei nicht um den kompletten Auftrag. Leider habe man diese Fachdiskussion nicht geführt. Ein umfassendes Qualifizierungsangebot könne man nicht kostenneutral leisten, die Einzelfallberatung dagegen sehr wohl. Man könne kein Interesse daran haben, das Profil der Kinderschutzambulanz so offen zu lassen.

Herr Steinkamp betont, dass man die inhaltliche Diskussion hier heute nicht nachholen könne. Als zuständiger Abteilungsleiter wolle er aber hervorheben, dass es zwei gesetzliche Grundlagen gebe, die deutlich machten, dass Berufsheimnisträger einen Anspruch auf Unterstützung bei der Einschätzung von Kindeswohlgefährdung hätten. Dieser Anspruch richte sich gegen den öffentlichen Träger. Dieser habe das Angebot bei der Beratungszentrum Rat am Ring mit einer halben Stelle angesiedelt. Es werde von zwei Kolleginnen wahrgenommen. Man habe ein entsprechendes Konzept und eine Verfahrensweise entwickelt, die mehrere Bausteine beinhalte, die in sich abgestimmt und miteinander verzahnt seien. In den Einzelfallberatungen habe sich sehr schnell erwiesen, dass bei den Aufgaben der Lehrer neben der Gefährdungseinschätzung auch dazu gehöre, betroffene Jugendliche und deren Eltern anzusprechen. Das sei eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, auf die die Betroffenen auch nicht vorbereitet seien. Das sei als Schwachstelle im Verfahren deutlich geworden und die Kolleginnen hätten daraufhin die Module „Gesprächsführung mit Kindern“ und „Gesprächsführung mit Eltern“ entwickelt. Es zeige sich, dass die Teilnahme an diesen Kursen und Modulen auch andere ermutige, die Fachberatung in Anspruch zu nehmen. Man fördere die Wahrnehmung und das Engagement im Bereich der Kinderschutzstelle. Die Zielgruppe werde dadurch ermutigt, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Zahl der Fallberatungen habe zugenommen. Man befinde sich auf einem sehr konstruktiven Weg.



Herr Goldbach stellt fest, dass es auch für die Zukunft noch offene Fragen zur Orientierung der Kinderschutzambulanz gebe. Man werde noch einmal in den Dialog gehen. Er schlage vor, dass Frau Haack und Frau Thiede das Thema im Herbst noch einmal aufgreifen.

Frau Kaufmann merkt an, dass sie bezüglich der Fraktionsabsprachen sicherstellen wolle, dass man diese Vorlage morgen in den Haupt- und Finanzausschuss und am 18. Mai in den Rat bringen werde, ohne die Zusätze erläutern zu müssen.

Herr Reinke bestätigt, dass das soweit Konsens sei.
Er unterbricht die Sitzung für fünf Minuten.

Nach der Unterbrechung stellt Herr Reinke fest, dass der Beschlussvorschlag aus der Ergänzungsvorlage zur Abstimmung anstehe. Dieser beinhalte den gesamten Beschlussvorschlag aus beiden Vorlagen. Weiterhin gebe es einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des CDU-Antrages.

Er stellt den Beschlussvorschlag der Ergänzungsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Umsetzung des in der Vorlage 0155/2017 dargestellten Maßnahmen- und Angebotskonzeptes im Kinderschutz.
2. In Bezug auf die Beratung für Berufsheimnisträger gem. §§ 4 KKG und 8b SGB VIII beschließt der Rat wie in der Ergänzungsvorlage 0155-1/2017 dargestellt.
3. Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung, die Mittel aus dem Bundesfonds „Frühe Hilfen“ jährlich zu beantragen.
4. Die Maßnahmen Familienbegleitung, Familienhebammen sowie die Kinder- und Jugendberatung werden als Regelangebote mit Leistungsvereinbarungen fortgeführt.
5. Für 2017 erfolgt die Förderung der Hilfen entsprechend der in der Vorlage 0155-1/2017 dargestellten Ausführung ohne Ausweitung des Gesamtbudgets.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	1		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	2		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 10
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

Anschließend stellt er den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des CDU-Antrages zur Abstimmung.

2. Beschluss:

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird der Sachantrag, der als Tischvorlage vorgelegt wurde, vertagt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	1		
CDU	2		1
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	1		1

Einstimmig beschlossen



Dafür:	<u>8</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>2</u>

Er gibt abschließend den Hinweis an die Verwaltung, dass man als Fachausschuss inhaltlich dazu stehe. Es sei politischer Wille, ab 2018 so zu verfahren.

Die von der SPD-Fraktion eingeforderten Informationen entsprächen der Meinung der Ausschussmitglieder und Ergebnisse sollten bis zur nächsten Sitzung vorliegen. Der CDU-Antrag käme dann in der nächsten Sitzung in zweiter Lesung zur Beratung und Abstimmung auf die Tagesordnung.

Frau Timm-Bergs erinnert daran, dass sie eine Vorlage der Verwaltung zu dem Thema erbetet habe.

Herr Goldbach betont, dass man den Wunsch des Ausschusses mitnehme, für die Beratung in der nächsten Sitzung eine Aussage zu den Kosten und zum Bedarf zu machen, ohne eine Vorlage zu erstellen. Eine Vorlage müsste finanziell abgestimmt sein und sei so kurzfristig nicht möglich.

Herr Reinke ist damit einverstanden. Die Beratungen um die Einzelheiten würden dann im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgen. Es gehe ja dann auch um eine Ausweitung des bisherigen Budgets.

11. Familienzentren in Hagen
und Vorlage: 0305/2017 und Vorlage: 0305-1/2017
12.

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erinnert daran, dass man die beiden Tagesordnungspunkte 11 und 12 gemeinsam beraten wollte.

Herr Hannusch erläutert die beiden Vorlagen.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag im Hinblick auf die Verwendung der drei Kontingente zur Abstimmung.



Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag zur Verwendung der drei Kontingente - wie in den beiden Vorlagen dargestellt - zu.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die erforderliche Meldung bis zum 15.06.2017 beim Ministerium einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	1		
CDU	3		
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	2		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 10

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

13. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.00Uhr

gez. Detlef Reinke

Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe

Schriftführerin



Stadt Hagen – Jugendhilfeausschuss –

ANWESENHEITSLISTE

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.05.2017

Ort: Rathaus an der Volme, Raum A 201

Beginn: 16.00 Uhr Ende: 18.00 Uhr

1. Mitglieder des Rates:

Ramona Timm-Bergs (SPD)

Marianne Cramer (CDU)

Corinna Niemann (CDU)

Detlef Reinke (CDU)

Ralf Sondermeyer (Linke)

2. Stellv. Mitglieder des Rates:

keine

3. Stimmberechtigte Mitglieder

in der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen

Karin Köppen

Manfred Handel

4. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

In der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen

Ulrich Hässner

5. Stimmberechtigte Mitglieder

Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannten Träger der Freien Jugendhilfe

(von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)

Thomas Koslowski

Jana Kunze

Hannah Scharlau



**6. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder
Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannte Träger der Freien Jugendhilfe
(von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)**

Teresa Berger

7. Beratende Mitglieder:

Margarita Kaufmann
Reinhard Goldbach
Andreas Dittert
Peter Passehl
Michael Dahme
Michael Lingenberg
Angelika Hamann
Aydogan Gül
Marc Tönis
Birgit Utsch-Asbach

8. Stellv. beratende Mitglieder:

Johannes Schurgacz
David Wiegmann
Klaus-Dieter Kreuser

9. Gäste: keine

10. Von der Verwaltung:

Frau Haack 55/01
Frau Thiede 55/013
Herr Steinkamp 55/1
Frau Keller 55/3
Herr Titze 55/38
Herr Hannusch 55/4
Herr Hartmann 48
Frau Hörnschemeyer 48

Schriftführerin: Sabine Hogrebe